



Pressemitteilung

Öffentlich-rechtliche Unterbringung Poppenbütteler Berg

Das Bezirksamt Wandsbek hat für den 1. Juli 2015 um 18.30 Uhr zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung zur geplanten Einrichtung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung am Poppenbütteler Berg/Ecke Ohlendieck eingeladen. Hintergrund sind die ständig steigenden Flüchtlingszahlen und die damit verbundene Notwendigkeit, weitere Plätze für die öffentlich-rechtliche Unterbringung zur Verfügung zu stellen. Angesichts immer neuer Gerüchte und Zahlen, die zur geplanten Größe der Einrichtung kursieren, erklären die beiden Wandsbeker Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN, Anja Quast und Dennis Paustian-Döscher:

„Leider wird die aktuelle Notsituation im Bereich der Flüchtlingsunterbringung von einzelnen CDU-Politikern genutzt, um negative Stimmung gegen die geplante Einrichtung in Poppenbüttel zu machen. Absichtlich wird auf Flugblättern im Umfeld der geplanten Einrichtung mit Zahlen, die nicht der Wahrheit entsprechen, Angst geschürt. Richtig ist, dass die geplante Einrichtung nach Aussage der BASFI bis zu 500 Plätze erhalten soll. Richtig ist auch, dass zunächst Container aufgestellt werden sollen und zeitgleich ein Bebauungsplan für spätere Festbauten aufgestellt werden soll. Wir freuen uns sehr darüber, dass es schon jetzt eine Initiative vor Ort gibt, die sich für die Flüchtlingsunterbringung in Poppenbüttel einsetzt. Diese Art von Engagement und Verantwortung hält unsere Stadt zusammen - das Vorgehen der CDU-Abgeordneten dagegen spaltet und schadet unserer Gesellschaft.“